

Das grünliberale Rezept für eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik



Das grünliberale Rezept für eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik

Lanciert an der Delegiertenversammlung vom 25. März 2023

Zutaten

Für eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik	3
Die sechs Hebel einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik	6
1. Europa und Freihandel	6
2. Wettbewerb und Unternehmertum	10
3. Produktivität und Fachkräfte	13
4. Bildung und Forschung	16
5. Innovation und Digitalisierung	20
6. Gesunde Finanzen und intelligente Steuern	24

Für eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik

Wir Grünliberale setzen uns für eine nachhaltige, zukunftsgerichtete Entwicklung ein, wobei ökologische, wirtschaftliche und soziale Ziele gleichermaßen berücksichtigt werden sollen. Grundlage dafür sind eine innovative und nachhaltig ausgerichtete Marktwirtschaft, eine lebendige Demokratie, ein sorgsamer Umgang mit unserer Umwelt sowie eine tolerante und solidarische Gesellschaft. Wir wollen die Umwelt als unsere Lebensgrundlage schützen und mit einem nachhaltigen Wachstum für künftige Generationen erhalten.

Wir brauchen in der Schweiz wieder eine Gesamtsicht, die das Fundament einer starken Wirtschaft ins Zentrum rückt. Die im Vergleich zu den Nachbarstaaten liberale Wirtschaftsordnung der Schweiz ist ein Erfolgsmodell. Insbesondere der liberale Arbeitsmarkt ist ein entscheidender Standortvorteil. Für eine florierende Wirtschaft braucht es genauso eine langfristig ausgerichtete und konstante Investition in die Grundlagen: Bildung, Forschung und Infrastruktur. Auch offene Märkte sind zentral für unseren Wohlstand: durch den Zugang zum europäischen Binnenmarkt und durch den Abschluss nachhaltiger Freihandelsabkommen. Als wirtschaftsliberale Kraft setzen wir Grünliberale uns konsequent für den Abbau regulatorischer Hemmnisse und einen fairen Wettbewerb ein. Die Corona-Krise hat abstrakte Themen auf einen Schlag konkret gemacht. Gesunde Staatsfinanzen sind kein Selbstzweck, sondern schaffen uns für neue Herausforderungen und schwierigere Zeiten den notwendigen Handlungsspielraum. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist kein nice-to-have, sondern eine zentrale Antwort auf den Fachkräftemangel. Und Digitalisierung darf kein Schlagwort bleiben, vielmehr muss die Politik die riesigen Chancen endlich beim Schopf packen und sie in allen Bereichen prioritär und koordiniert vorantreiben.

Wir wollen das volle Potenzial der Schweiz an Talenten, Innovationen und Unternehmertum ausschöpfen. Deshalb engagieren wir Grünliberale eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik, die in die Grundlagen und Institutionen eines nachhaltigen Wachstums investiert. Die Antwort auf unsere krisengeschüttelte Welt darf kein lähmender Stillstand oder ein Festhalten an alten Denk- und Handlungsmustern sein. Es ist Zeit, zukunftsweisende Reformen mit hohem Tempo umzusetzen und in eine nachhaltige Wirtschaft zu investieren.

Die Wirtschaft: eingeklemmt zwischen Ideologie und Polarisierung

Die Schweizer Wirtschaft leidet unter der starken Polarisierung. Die Blockpolitik der Linken und Rechten schränkt unsere Handlungsfähigkeit ein. Einerseits sehen die linken Kräfte Unternehmertum und Kapital als Gefahr statt als Wirtschaftsmotor. Mit ihrem Protektionismus schaden diese Linkskonservativen der Wirtschaft. Währenddessen besteht die Wirtschaftspolitik des rechten Lagers hauptsächlich aus einer undifferenzierten Ablehnung gegenüber jeglicher Veränderung und staatlicher Regulierung mit einer guten Prise Partikularinteressen und oftmals zu wenig zielgerichteten Steuersenkungen.

Die Polarisierung innerhalb der beiden Lager führt auch dazu, dass sich die Schweiz von ihrer wichtigsten Handelspartnerin – der EU – abwendet. Eine breite Koalition von Mitte-links bis Mitte-rechts hat die Öffnung der Schweiz zu Europa und ihre Integration in den europäischen Binnenmarkt während Jahren erfolgreich vorangetrieben. Nun ist sie wegen der Blockadepolitik von links und rechts auseinandergebrochen, mit massiven Schäden für die Schweiz.

Statt dass die Schweiz in die Grundlagen für die Wirtschaft von morgen und in gute Rahmenbedingungen investiert, machen sich Protektionismus, Wettbewerbsverzerrungen und Abschottung breit. Wir Grünliberale fordern eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik, die heute die Grundlagen für den Wohlstand von morgen legt. Eine Wirtschaftspolitik ohne Scheuklappen: weder gegenüber dem Kapital noch gegenüber dem Staat und ganz sicher nicht gegenüber Europa.

Liberalismus mit Verantwortung: Weg vom Verteilkampf hin zu einer wahren Wachstumsstrategie

Im Grunde genommen wird in der Schweiz hauptsächlich darüber gestritten, wie der Kuchen verteilt werden soll. Stattdessen sollte sich die Debatte auf die notwendigen Reformen und Hebel konzentrieren, um Fachkräfte auszubilden, die Innovation anzukurbeln, die Produktivität zu erhöhen, dabei die Nachhaltigkeit zu stärken und unseren Wohlstand zu erhalten. Kurz gesagt: wir sollten darüber diskutieren, wie wir in der Schweiz einen nachhaltig grösseren Kuchen backen können. Denn eine starke Wirtschaft ist die Grundlage für gut bezahlte Arbeitsplätze, einen zukunftsfähigen Sozialstaat, einen wirksamen Klima- und Artenschutz und solide Staatsfinanzen.

Wir fordern einen Liberalismus mit Verantwortung, mit einem möglichst schlanken Staat, der aber wenn immer nötig entscheidend eingreift. Wir sehen in der liberalen Wirtschaftsordnung und dem flexiblen Arbeitsmarkt der Schweiz einen grossen Standortvorteil. Unternehmertum muss mit guten Rahmenbedingungen aktiv gefördert und nicht durch Bürokratie unnötig eingeschränkt werden. Die vielen tausend KMU in der Schweiz sind ein wichtiger Eckpfeiler unserer Wirtschaft. Staatliche Eingriffe in den Markt sollten grundsätzlich mit marktwirtschaftlichen Anreizsystemen wie Lenkungsabgaben und nur wo nicht anders möglich mit Vorschriften und Verboten erfolgen.

Durch unser Abseitsstehen in Europa sind wir auch von den wesentlichen wirtschafts- und umweltpolitischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Die Integration der Schweiz in den EU-Binnenmarkt wird zu einem zentralen wirtschaftspolitischen Grundsatz.

Wir Grünliberale wollen die Reformfreudigkeit wecken und Investitionen in die Zukunft auslösen. Wir Grünliberale stehen ein für:

- Die Wahrung der Gesamtsicht für unseren Wirtschaftsstandort. Das heisst für stabile, wettbewerbs- und innovationsfördernde Rahmenbedingungen und Rechtssicherheit.
- Die schrittweise Transformation hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft, in welcher Kostenwahrheit herrscht und die vereinbarten Klima- und Artenschutzziele primär mit marktwirtschaftlichen Instrumenten (Lenkungsabgaben, Emissionshandels- und Grenzausgleichssystemen) erreicht werden.
- Eine international vernetzte Schweiz die attraktiv ist für Fachkräfte aus der ganzen Welt, die es unseren Talenten und Unternehmer:innen ermöglichen weltweit zu handeln und zu arbeiten.
- Die Stabilisierung und Weiterentwicklung unserer Beziehungen zu Europa und somit die Sicherung unserer Teilnahme am europäischen Binnenmarkt. Dies soll mit einem neuen institutionellen Abkommen oder einem Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum erreicht werden.
- Investitionen in die Stärken der Schweiz und die Grundlagen für die Wirtschaft von morgen: Bildung, Forschung, Fachkräfte und vieles mehr.
- Die Wahrung der Gesamtsicht auf unsere Volkswirtschaft. Das bedeutet einen fairen Wettbewerb, der Innovation ermöglicht. Die Bedienung von Partikularinteressen lehnen wir ab, sei es in Form von Subventionen oder Steuererleichterungen.
- Die Ausschöpfung des vollen Arbeitsmarktpotenzials durch Wettbewerb und Chancengleichheit.
- Nachhaltige Finanzen und eine klare Priorisierung der staatlichen Ausgaben, um die Finanzpolitik in den Dienst der Nachhaltigkeit und der Wertschöpfung zu stellen.





Europa und Freihandel



Die sechs Hebel einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik

1. Europa und Freihandel

In der Schweizer Europapolitik herrscht Stillstand. Sowohl die linkskonservativen wie auch die rechtskonservativen Kräfte blockieren jegliche Lösung der offenen Fragen im bilateralen Verhältnis. Sie gefährden somit die Beziehungen zu unserer wichtigsten Handelspartnerin. Unsere europäischen Nachbarn sind auch unsere Verbündeten in der Aussen- und Sicherheitspolitik und engsten Partner in der Lösung globaler Herausforderungen. Der Stillstand in der Europapolitik führt zu einer gravierenden Erosion der bilateralen Beziehungen. Eine Branche nach der anderen ist durch den Zerfall der Bilateralen betroffen: Medtech, MEM, Agro-Food, Forschung & Bildung.

Die Schweiz ist eine Exportnation. Wir bekennen uns zum Freihandel und begrüßen eine intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie eine verantwortungsvolle Handelspolitik der Schweiz. Handel ist für die weltoffene, exportorientierte Schweiz zentral. Er fördert überdies Frieden und Wohlstand weltweit, sofern das Handelssystem auf Fairness beruht und auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist. Mit den entsprechenden sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen bieten sie zudem für alle Länder eine Chance zur wirtschaftlichen Entwicklung. Dies schafft Stabilität, fördert Frieden und lindert die Armut in der Welt.

Wieso Europa und Freihandel wichtig sind

Die Schweiz gehört zu Europa. Wir teilen mit den Staaten der EU die gleichen, demokratischen, liberalen und sozialen Grundwerte. Zudem ist die EU mit Abstand unsere wichtigste Handelspartnerin. Kaum ein anderes Land profitiert so stark von der Integration in den europäischen Binnenmarkt wie die Schweiz. Der Handel mit Europa beläuft sich auf jährlich 266 Milliarden Franken, was knapp 58 Prozent des gesamten Handelsvolumens der Schweiz entspricht.¹

Offene Grenzen und geregelte Beziehungen zum Ausland, allen voran mit unseren europäischen Nachbarn, sind zentral für den Wohlstand der Schweiz. Die Schweiz gehört zu den 20 exportstärksten Ländern der Welt. Im Jahr 2021 wurden Waren im Wert von rund 260 Milliarden Franken aus der Schweiz exportiert. Zudem wurden Waren im Wert von rund 182 Milliarden Franken in die Schweiz importiert. Damit verzeichnet die Schweiz mit einem Plus von rund 43 Milliarden Franken einen Rekordwert in beiden Handelsrichtungen.² Unter Handelshemmnissen und Importbeschränkungen leiden letztlich alle, nicht zuletzt der Exportsektor. Denn heutzutage beträgt der Anteil an den Schweizer Exporten, der aus ausländischen Vorleistungen besteht, über 20 Prozent. In einzelnen Branchen, wie z.B. der Pharma, beträgt dieser Anteil sogar 50 Prozent.

Dafür setzen wir Grünliberale uns ein

Wir wollen in ganz Europa gleichberechtigt am Wirtschaftsleben teilnehmen und Bildung erwerben können. Und wir wollen, dass Güter und Dienstleistungen innerhalb von Europa ohne Hürden frei bewegt und gehandelt werden können.

Nur mit einer Stabilisierung und anschließenden Weiterentwicklung der bilateralen Verträge können unsere Unternehmen ihre Produkte und Dienstleistungen auch künftig gleichberechtigt in ganz Europa verkaufen. Unsere Hochschulen können weiter von europäischen Forschungsprogrammen profitieren und unsere Studierenden behalten den freien Zugang zu europäischen Universitäten. Zudem können bei zentralen Themen wie Energie, Börse oder Forschung endlich neue Verträge abgeschlossen werden, die unserem Land neue Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen.

¹ https://www.eda.admin.ch/dam/europa/de/documents/faq/schweiz-eu-in-zahlen_de.pdf

² <https://www.bazg.admin.ch/bazg/de/home/themen/schweizerische-aussenhandelsstatistik/publikationen/jahresberichte.html>

Zugang zum europäischen Binnenmarkt sichern und weiterentwickeln

Es ist im ureigenen Interesse der Schweiz, die Integration in den europäischen Binnenmarkt zu sichern und eine Weiterentwicklung der Bilateralen anzustreben. Mit dem Abbruch der Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen hat der Bundesrat die Schweiz in eine europapolitische Blockade geführt, ohne für dieses zentrale Dossier einen Plan B vorzulegen. Die Regierung beweist damit Führungsschwäche und nimmt ihre Verantwortung gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft nicht wahr. Wir Grünliberale fordern demgegenüber eine Weiterentwicklung der Beziehungen zu Europa. Die institutionellen Fragen müssen gelöst werden: durch ein InstA 2.0 oder durch einen EWR-Beitritt - die besten und derzeit auch einzigen Erfolg versprechenden Optionen. Dies ist auch zentral im Hinblick auf die Integration in den europäischen Strom- und Energiemarkt, die für unsere Versorgungssicherheit zentral ist.

Vollassoziierung an Horizon Europe erzielen

Forschung und Innovation findet heute mehr denn je international vernetzt statt. Die EU hat dies erkannt und fördert seit Jahrzehnten mit dem weltweit grössten Forschungsförderprogramm Exzellenz und Vernetzung in der Forschung. Lange konnte sich die Schweiz an den europäischen Forschungsprogrammen beteiligen. Seit dem unilateralen Abbruch der Verhandlungen für ein Rahmenabkommen mit der EU ist die Schweiz nicht mehr an Horizon beteiligt, mit schwerwiegenden Folgen für den Forschungsstandort Schweiz.

Wir Grünliberale verlangen rasches Handeln. Die Schweiz muss wieder vollständig am europäischen Förderprogramm teilnehmen können und das so rasch wie möglich. Ersatzlösungen können die Konsequenzen des Ausschlusses aus Horizon Europe nicht beheben.

Teilnahme an Erasmus ermöglichen

Wir Grünliberale fordern eine volle Assoziierung am europäischen Bildungsprogramm Erasmus. Schweizer Studierende und Berufschüler:innen haben lange Zeit massiv vom Mobilitätsprogramm Erasmus profitiert. Denn Auslandsaufenthalte während der Ausbildung gehen nicht nur einher mit zusätzlichen Sprachkenntnissen und interkulturellen Fähigkeiten, sie fördern auch die internationale Vernetzung und neue Betrachtungsweisen.

Auch hier kann eine Schweizer Sonderlösung die Teilnahme an einem europäischen Programm nicht ersetzen. Deshalb setzen wir uns für eine schnellstmögliche und vollständige Teilnahme am europäischen Mobilitätsprogramm Erasmus ein. Die Teilnahme an Erasmus ist ein Investment in die jüngeren Generationen und eine wichtige Chance für unser Land.

Multilateralismus statt Protektionismus

Die Schweiz gehört zu den Ländern mit den höchsten Anteilen des Aussenhandels am Bruttoinlandprodukt (BIP). Als Kleinstaat kann sich die innovationsbasierte Exportnation Schweiz nicht einfach mit Marktpolitik durchsetzen, sondern ist auf die vertragliche Regelung der Marktzugänge angewiesen. Im heutigen Umfeld der globalisierten Wertschöpfungsketten braucht es eine starke Aussenwirtschaftspolitik, die auf multi- und bilaterale Handelsliberalisierung setzt. Abschottung und Protektionismus sind keine Lösung - im Gegenteil: Die grossen Herausforderungen unserer Zeit meistern wir nur durch internationale Vernetzung. Deshalb setzen wir auf mehr Europa, mehr Handel und mehr internationale Zusammenarbeit.

Die Schweiz als Fürsprecherin für nachhaltigen Freihandel

Die Schweiz muss sich für einen fairen, nachhaltigen und wenn immer möglich multilateralen Handel einsetzen. Die Schweiz kann durch die Verbindung von Ökonomie und Ökologie im Freihandel den Standard für zukünftige Freihandelsabkommen setzen.

Die Schweiz soll ihre Freihandelsabkommen und Wirtschaftspartnerschaften stetig weiterentwickeln und neue Abkommen anstreben. Nachhaltigkeitskriterien und Investitionsschutzabkommen sind dabei stets einzubeziehen. Die konsequente Durchführung von Nachhaltigkeits- und Umweltverträglichkeitsstudien für Freihandelsabkommen ist Voraussetzung dafür. Zudem machen wir Grünliberale uns stark für die Förderung der Unternehmensverantwortung im Ausland.

CO2-Importabgabe statt Handelshemmnisse

Wir engagieren uns für die Abschaffung von Handelshemmnissen, welche einzig Protektionismus und einen Steuerzweck verfolgen. Hingegen sind externe Effekte im Ausland durch eine CO2-Importabgabe zu internalisieren. Wir Grünliberale fordern deshalb die Einführung von Grenzausgleichssystemen (Border Tax Adjustments) im Sinne einer Lenkungsabgabe. Damit kann die durch den Handel verursachte Umwelt- und Klimabelastung ausgeglichen werden. Dies kommt nicht nur der Umwelt und dem Klima zugute, sondern führt auch zu einem fairen Wettbewerb. Der Umwelt- und Klima-Ausgleich fördert eine nachhaltige Produktion und einen nachhaltigen Konsum, ohne dass die inländischen Produzent:innen dadurch einen Wettbewerbsnachteil erleiden. Die Lenkungsabgabe muss zurückverteilt werden.

Mit Staaten, welche vergleichbare Lenkungsabgaben wie die Schweiz kennen, sollen so genannte Climate-Clubs gebildet werden. Der Handel zwischen der Schweiz und diesen Staaten wäre vom Grenzausgleichsmechanismus (CO2-Importabgabe) befreit. In diesem Sinne fordern wir einen Anschluss der Schweiz an den geplanten Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) der EU.



Wettbewerb und Unternehmertum



2. Wettbewerb und Unternehmertum

Regelmässig werden im Parlament Gesetze beschlossen, die nicht der Volkswirtschaft als Ganzes, sondern den Interessen einzelner Branchen oder Unternehmen dienen. Beispiele sind die «Lex Panama» in der eine Ausnahme für Treuhänder, Anwälte und Berater aus dem Geldwäschereigesetz gemacht wurde. Auch die kürzlich beschlossene Tonnage-Steuer oder die Absatzförderung von Produkten aus der Landwirtschaft wie zum Beispiel dem Zucker dienen den Partikularinteressen einzelner Branchen und schaden obendrauf noch der Umwelt. Weiter wird die Sharing Economy auf diversen Ebenen bekämpft, so zum Beispiel durch die unnötige Einschränkung der Untermiete um das Angebot von airbnb zu beschränken. Wir wollen diesem Protektionismus entgegentreten. Digitalisierung und Wettbewerb müssen von der Politik als Chance anerkannt werden. Marktmacht und Monopolgewinne müssen jedoch durch geeignete Massnahmen begrenzt werden.

Wir Grünliberale sehen in der liberalen Wirtschaftsordnung und dem flexiblen Arbeitsmarkt der Schweiz einen grossen Standortvorteil. Unternehmertum muss mit guten Rahmenbedingungen aktiv gefördert und nicht durch Bürokratie unnötig eingeschränkt werden. Die vielen tausend KMU in der Schweiz sind ein wichtiger Eckpfeiler unserer Wirtschaft. Staatliche Eingriffe in den Markt sollten grundsätzlich mit marktwirtschaftlichen Anreizsystemen wie Lenkungsabgaben und nur wo nicht anders möglich über Vorschriften und Verbote erfolgen.

Dafür setzen wir Grünliberale uns ein

Wir Grünliberale sind die wettbewerbsfreundlichste Partei und knacken Oligopol- und Monopolmärkte auf. Wettbewerb erhöht die Qualität, ermöglicht Innovationen und senkt die Preise und den Ressourcenverbrauch. Wir unterstützen deshalb wo immer möglich wettbewerbsfördernde Marktbedingungen. Anstelle von Protektionismus ist Kostenwahrheit anzustreben.

Fairen Wettbewerb ermöglichen ist die wichtigste Funktion des Staates

Der Staat soll der Wirtschaft möglichst wenig Schranken auferlegen, sondern dafür sorgen, dass auf funktionierenden Märkten ein gesunder und fairer Wettbewerb spielen kann. Im Schweizer Binnenmarkt gibt es diverse Monopole, Regulierungen und Marktverzerrungen, die einen fairen und effizienten Wettbewerb verhindern. Wir Grünliberale fordern eine rasche Bereinigung dieses schädlichen Zustandes.

Ein funktionierender und fairer Wettbewerb entsteht nicht von allein. Er bedarf starker Institutionen, insbesondere Grundrechte, eine mit wirksamen Instrumenten ausgestatteten Wettbewerbsbehörde und Regulierungen, welche den Wettbewerb sicherstellen. Marktversagen und entsprechende Auswirkungen auf die Konsument:innen müssen so weit wie möglich korrigiert werden. Zu verhindern gilt es auch, dass in einem funktionierenden Markt Staatsunternehmen private Akteure verdrängen und den Wettbewerb verzerren.

Schluss mit Protektionismus und Partikularinteressen

Wir Grünliberale wehren uns gegen eine Wirtschaftspolitik, die vor allem darauf ausgerichtet ist, einzelne Branchen zu fördern. Strukturert halten wir klar ab. Denn eine florierende Wirtschaft erlaubt und ermöglicht Wandel und Innovation. Der kreative Prozess der Innovation bedeutet, dass neue Ideen und Technologien entstehen, aber auch, dass nicht erfolgreiche Businessmodelle und Produkte wieder verschwinden.

Lobby-Gesetze, die einzig dem Schutz einzelner Branchen oder Unternehmen dienen, müssen liberalisiert werden. Aktuelle Beispiele sind die «Lex Booking» oder das revidierte Fernmeldegesetz, welches zu einem Interessensgesetz für die Swisscom verkommen ist. Auch Heimatschutz für einzelne Berufsgruppen ist nicht mehr angebracht, Notar:innen sollen bspw. wie Anwält:innen schweizweit in Wettbewerb treten können. Die finanziellen Beiträge an die Landwirtschaft sollen an ökologische Leistungen wie den Klima- und Artenschutz geknüpft werden. Subventionen für einzelne Branchen zur Strukturhaltung lehnen wir Grünliberale grundsätzlich ab.

Schlanke Rahmenbedingungen und unkomplizierte Behördengänge

Ein Dickicht von komplexen Regulierungen und analoge Verfahren mit unzähligen Behördengängen sind ein Bremsklotz für die Wirtschaft, ein Risiko für den Wirtschaftsstandort Schweiz und ein Ärgernis für unsere Unternehmer:innen. Das SECO schätzt beispielsweise, dass Bürokratie unseren KMU jährlich Kosten von sechs Milliarden aufbürdet.³ Dies bindet Ressourcen, die besser in Innovation oder auch bessere Löhne investiert werden könnten. Und es macht das Leben insbesondere für KMUs und Startups unnötig schwer, die sich keine Compliance Abteilungen leisten können.

Wir Grünliberale setzen uns für schlanke, zielgerichtete Regulierung und unkomplizierte, digitale Behördengänge ein. Regulierung ist manchmal wichtig und richtig, aber beim Paragraphendschubel setzen selbst wir Grünliberale uns für grossflächige Abholzung ein. Unternehmensgründungen müssen umfassend digital möglich sein und Schnittstellen zwischen Staat und Unternehmen beziehungsweise zwischen verschiedenen Behörden reibungslos funktionieren.

Staatsnahe Unternehmen sollen auf den Service public fokussieren

Der Staat und staatsnahe Betriebe haben zentrale Aufgaben im Bereich der Infrastruktur und des Service public. Das soll auch in Zukunft so sein, jedoch mit Fokus auf ihre Kernaufgabe. Das zunehmende Vordringen des Staates und staatsnaher Betriebe in private Märkte schadet unserer Wirtschaft. Dabei entsteht ein verfälschter Wettbewerb. Staatsnahe Unternehmen profitieren von einer grossen Marktabdeckung und viel Kapital aus dem staatlich garantierten Monopol. Das führt zu einem unfairen Wettbewerbsvorteil.

Wir Grünliberale fordern von staatsnahen Unternehmen, dass sie sich auf ihren Auftrag im Bereich der Infrastruktur und des Service public konzentrieren und nicht laufend in sachfremde Geschäftsfelder vorstossen. Alternativ können gewisse Bereiche im freien Wettbewerb abgetrennt und privatisiert werden. Wir Grünliberalen lehnen beispielsweise die Aufhebung des Verbots zur Kredit- und Hypothekarvergabe von PostFinance ohne Garantie einer vorgängigen Privatisierung ab. Dies hätte einen Eintritt eines weiteren staatlichen Akteurs in einen freien Markt und damit eine Wettbewerbsverzerrung zur Folge.

Die Schweiz: eine Gründernation

Junge Unternehmen und Start-ups bereichern uns mit neuen Ideen und Geschäftsmodellen. Sie tragen zu unserer Wirtschaftskraft und unserem Wohlstand bei. Wir Grünliberale wollen Freiräume für Innovation und Kreativität eröffnen. Die Unternehmensgründung muss so einfach sein wie nur möglich, idealerweise mit einem Klick. Aber auch der Zugang zur Start-up-Finanzierung muss verbessert werden. Dafür braucht die Schweiz aber auch flexible öffentliche Förderprogramme, um die finanziellen Lücken vom Entwicklungsstadium bis zur Vermarktung zu überbrücken. Auch die Attraktivität für ausländische Investor:innen muss erhöht werden.

³ <https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/seco/nsb-news.msg-id-74531.html>



Produktivität und Fachkräfte



3. Produktivität und Fachkräfte

Das Arbeitskräftepotential der Schweiz wird bei Weitem nicht ausgeschöpft. Viele gut ausgebildete Personen arbeiten weniger, als sie gerne würden. Das hat vielfältige Ursachen: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ungenügend, die Bildungs- und Weiterbildungsangebote sind nicht mehr überall zeitgemäss und nicht selten wird das Zweiteinkommen einer Familie von den Steuern gleich wieder weggefressen. Ohne geeignete Massnahmen wird sich dieses Problem in Zukunft noch verstärken. Es ist höchste Zeit, dass wir uns auf den Arbeitsmarkt der Zukunft ausrichten. Dies bedingt gezielte Reformen beim Steuersystem, bei Bildung und Forschung und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Unsere Gesellschaft hat noch so viel Potential: Nutzen wir es!

Wieso Produktivität und Fachkräfte wichtig sind

Auf dem Arbeitsmarkt stehen demografische Veränderungen an. Die Babyboomer gehen bald in Rente, die Geburtenraten bleiben tief. In den kommenden Jahren wird die demografische Entwicklung die Schweizer Volkswirtschaft vor grosse Herausforderungen stellen. Bereits heute treten weniger junge Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt ein, als dass ältere in Pension gehen. Dadurch reduziert sich das Wachstumspotenzial der Schweizer Volkswirtschaft mittelfristig von bisher rund 1,8 Prozent auf 1,3 Prozent pro Jahr. Gleichzeitig steigen die Ausgaben, welche direkt mit dem demografischen Wandel einhergehen, allen voran die Ausgaben für die Langzeitpflege, die Gesundheit und das Alter.

Zudem verändert die Digitalisierung die Wirtschaftsstruktur generell. Vor diesem Hintergrund ist es zentral, dass die Schweiz in die Weiterentwicklung und Nutzung des Arbeitskräftepotentials sowie die Wertschöpfung investiert.

Dafür setzen wir Grünliberale uns ein

Eine Möglichkeit, diesem Trend entgegenzuwirken, ist eine effizientere Nutzung des Potenzials an Arbeitskräften, namentlich eine stärkere Beschäftigungsquote bei den Frauen und den migrierten Personen. Dafür müssen wir die Rahmenbedingungen signifikant verbessern und Fehlanreize beseitigen.

Faire Individualbesteuerung

Die gemeinsame Besteuerung von Ehepaaren führt aufgrund der Progression zu einer sehr hohen Steuerbelastung des Zweiteinkommens. Dadurch lohnt sich Erwerbstätigkeit oft kaum mehr oder sie wird sogar finanziell bestraft. Die überproportional hohe Steuerbelastung auf dem Zweitverdienst frisst einen grossen Teil des zusätzlichen Einkommens weg. Durch so schlechte Erwerbsanreize wird der Fachkräftemangel verstärkt und wichtige Steuereinnahmen gehen verloren.

Wir Grünliberale fordern deshalb die Umstellung auf die Individualbesteuerung. Studien zeigen, dass dadurch das Potential von bis zu 50'000 gut qualifizierten Vollzeitstellen freigesetzt wird. Insbesondere für gut ausgebildete Frauen, die ihren bezahlten Erwerb reduziert haben, werden so die Voraussetzungen für eine stärkere Teilnahme am Berufsleben geschaffen.

Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Wir Grünliberale setzen uns dafür ein, dass Eltern sein mit einer Berufstätigkeit vereinbar ist. Dies wird über den Ausbau und die Verbesserung der Betreuungsangebote und Tagesstrukturen auf allen Stufen ermöglicht. Der Staat soll den Familien nicht die Erziehungsverantwortung abnehmen, sie aber dabei unterstützen. Bei der Kinderbetreuung und den Tagesschulen hinkt die Schweiz immer noch anderen Ländern hinterher. Das wirkt sich direkt auf die Arbeitsmarktbeteiligung der Eltern und insbesondere der Mütter aus. Die häufigste Begründung von Frauen, die nicht erwerbstätig sind oder nur in tiefen Pensen arbeiten, ist die Betreuungspflicht für Kinder und

pflegebedürftige Familienmitglieder. Doch die Frauen sind mittlerweile meist ebenso gut ausgebildet wie die Männer. Auf dieses Potential ist die Volkswirtschaft in der Schweiz zunehmend angewiesen.

Neue Arbeitsmodelle ermöglichen statt verhindern

Neue Arbeitswelten brauchen neue Antworten. Der Schlüssel dafür heisst Flexibilisierung. Die Digitalisierung und neue Arbeitsformen haben das Wirtschaftsleben verändert. Immer mehr Menschen haben heute mehrere Arbeitgeber:innen oder sind selbständig tätig. Diesen Veränderungen müssen wir Rechnung tragen, damit unsere Wirtschaftsordnung und unser Arbeitsmarkt auch in Zukunft ein Standortvorteil bleiben.

Regulatorische Hindernisse für innovative und nachhaltige Geschäftsmodelle (z.B. Sharing Economy und Circular Economy) müssen beseitigt werden. Die bestehenden Regeln und Abgrenzungen zwischen selbständiger und unselbständiger Arbeit sind im digitalen Zeitalter nicht mehr zeitgemäss und müssen angepasst werden. Dies gilt insbesondere für die Sozialversicherungen.

Paritätische Elternzeit

Wir Grünliberale setzen uns für die Einführung einer paritätischen Elternzeit ein, die an die Erwerbstätigkeit beider Elternteile gekoppelt ist. Die heutige Gesetzgebung bei Geburt eines Kindes behindert aktiv die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben. Sie gibt vor, dass ausschliesslich Mütter und nicht beide Elternteile nach der Geburt eines Kindes bei der Arbeit ausfallen.

Wenn beide Eltern vermehrt und früher wieder einer Erwerbstätigkeit nachgehen können, hat dies auch für die Wirtschaft positive Effekte: Die Erhöhung der Erwerbsquote der Frauen entschärft den Fachkräftemangel, die zusätzlichen Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen entlasten den Staat und tragen zur Amortisierung der Ausbildungskosten bei. Die stärkere Erwerbstätigkeit der Frauen reduziert Abhängigkeiten von Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe im Alter oder bei Trennung und somit ebenfalls staatliche Kosten.





Bildung und Forschung



4. Bildung und Forschung

Bildung ist ein zentraler Bestandteil einer liberalen Gesellschaft. Insbesondere zur Sicherung der Chancengleichheit und unserer Innovationskraft. Alles beginnt mit einer guten Bildung: sie ist die elementare Voraussetzung für individuelles Vorankommen und ein selbstbestimmtes Leben. Die Chance zum sozialen Aufstieg hängt heute mehr denn je von der Bildung ab. Wir Grünliberale wollen, dass jeder Mensch sein volles Potenzial ausschöpfen kann – und das ein Leben lang. Wir wollen zukunftssichere Schulen, in denen die besten Arbeitsmöglichkeiten fürs Lehren und Lernen zur Verfügung stehen.

Moderne Hochschulen und beste Forschungsbedingungen sind die Grundlage für Innovation und Fortschritt in unserem Land und weltweit. Sie eröffnen neue Chancen für unsere Gesellschaft und die Bekämpfung globaler Herausforderungen. Sei es beim Klimawandel durch die Entwicklung klimafreundlicher Kraftstoffe oder dem Schutz der Gesundheit durch neue Impfstoffe.

Wieso Bildung und Forschung wichtig sind

Die Qualität der Bildung wirkt sich massiv auf das weitere Leben und den sozialen Aufstieg in der Gesellschaft aus. Bildung vermittelt jedem Menschen das Wissen, Kenntnisse und Kompetenzen, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten. Darüber hinaus kann Bildung dazu beitragen, dass Menschen sich stärker politisch interessieren, gesünder und sogar glücklicher sind. In unserer Wissensgesellschaft, die von raschem Wandel geprägt ist, muss die Ausbildung Fähigkeiten für das Leben vermitteln. Wer gut ausgebildet ist, hat deutlich bessere Chancen auf einen Arbeitsplatz und ein besseres Einkommen.

Das Bildungssystem der Schweiz befindet sich auf Rang 12 von 41 OECD-Ländern.⁴ Wenn man die Resultate in den PISA-Tests berücksichtigt, fällt die Schweiz sogar auf Rang 16 zurück. Noch schlechter sieht es beim sozialen Gefälle in der Bildung aus. Die Schweiz befindet sich auf den hinteren Reihen (Rang 30). Das deutet darauf hin, dass Einkommen und Bildung der Eltern im Vergleich zu anderen Ländern eine grössere Rolle dafür spielen, welche Bildung die Kinder erhalten. Unser Schulsystem muss allen Schüler:innen, unabhängig von ihrer Herkunft und ihren Voraussetzungen, eine qualitativ hochwertige Bildung vermitteln.

Dies muss auch der Anspruch unserer global führenden Hochschulen sein. Schweizer Universitäten sind im internationalen Bereich Spitze. Sechs Schweizer Universitäten schaffen es unter die 200 besten Hochschulen der Welt.⁵ Die ETH Zürich bleibt die beste Universität Kontinentaleuropas. Die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Hochschulen basiert nebst ihrer guten Finanzierung insbesondere auf ihrer internationalen Offenheit und Vernetzung. Diese gilt es zu erhalten.

Dafür setzen wir Grünliberale uns ein

Der Bildung kommt in einer liberalen Gesellschaft eine zentrale Bedeutung zu. Sie ermöglicht es den Menschen, selbstbestimmt am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen und verantwortungsbewusst zu handeln. Eine starke Volksschule, das duale Bildungssystem, erstklassige Hochschulen und die internationale Anerkennung der Schweizer Abschlüsse sind für den Forschungs- und Wirtschaftsstandort Schweiz von zentraler Bedeutung. Forschung ist ein wesentlicher Treiber des Fortschritts und unerlässlich, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Deshalb engagieren wir uns für einen international wettbewerbsfähigen Hochschul- und Forschungsstandort.

⁴ <https://www.oecdbetterlifeindex.org/de/topics/education-de/>

⁵ <https://www.timeshighereducation.com/world-university-rankings/2023/world-ranking>

Mehr Investitionen für mehr Chancengleichheit

Wir müssen die Talente und Potenziale aller Kinder fördern, damit jedes Kind die Möglichkeit auf ein selbstbestimmtes Leben bekommt – egal, aus welchem Elternhaus es kommt, welche Muttersprache es spricht oder ob es Beeinträchtigungen hat oder nicht. Chancengleichheit und die Förderung von Talenten sind ein Gebot der Fairness. Und sie sind zentral für den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz. Für die Kohäsion der Schweiz ist es zudem wichtig, dass Schüler:innen auch Erfahrungen in anderen Sprachregionen des Landes sammeln können. Deshalb unterstützen wir Grünliberale einen gezielten Ausbau der Förderung von Schüler:innen aus sozial benachteiligten Familien, bspw. in der frühkindlichen Förderung.

Stärkung der frühkindlichen Bildung

Unsere Kinder lernen nie wieder so einfach, mühelos und gerne wie vor dem 5. Lebensjahr. Rückstände lassen sich danach kaum noch aufholen. Die frühkindliche Bildung legt den Grundstein für einen erfolgreichen späteren Bildungs-, Berufs- und Lebensweg. Deshalb wollen wir sie stärken, damit jedes Kind die gleichen Chancen hat. Wir fordern: Kindertageseinrichtungen müssen gestärkt und als erste Stufe der Bildungskette verankert werden. Deshalb setzen wir Grünliberale uns für eine bedarfsgerechte Unterstützung der Betreuungskosten und eine flächendeckende Kita-Infrastruktur ein. Damit können Eltern auch einfacher ihrer Berufstätigkeit nachgehen.

Förderung der MINT-Bildung

Wir fordern eine Offensive für die Bildung in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT). Kinder müssen eine frühzeitige MINT-Bildung erhalten. Daher fordern wir verpflichtende, qualitativ hochwertige und bundesweite Qualitäts- und Bildungsstandards in der frühkindlichen MINT-Bildung. Pädagog:innen müssen für experimentelles und forschendes Lernen in allen Kitas ausgebildet werden. Wir fordern ein gezieltes Massnahmenpaket für die Förderung von Mädchen und Frauen im MINT-Bereich.

Tertiäre Bildung modernisieren

Die Schweizer Hochschulen gehören zu den besten der Welt. Doch um in der Champions League zu bleiben, muss die Schweiz weiterhin in ihre Universitäten und in die Fachhochschulen investieren. Die Universitätsabbruchquoten in der Schweiz sind hoch (um 30 Prozent), wobei in bestimmten Kantonen und unter ausländischen Studierenden die Hochschulabbruchquoten überdurchschnittlich hoch sind. Dies weist darauf hin, dass die Qualität der Hochschulbildung in diesen Kantonen niedriger ist. Es wurde daher eine Vereinbarung zwischen Kantonen geschlossen, die Lehrpläne für höhere Sekundar- und Tertiärbildung zu harmonisieren. Diese Reform soll benachteiligten Schüler:innen helfen, die Sekundarschule abzuschliessen und Zugang zu Hochschulbildung zu erhalten.

Lebenslanges Lernen

Die Arbeitswelt und die Anforderungen an Arbeitskräfte verändern sich rasant. Die Berufsbildung muss stärker auf lebenslanges Lernen und den digitalen Wandel ausgerichtet sein. Das dreiteilige Lebensmodell des 20. Jahrhunderts – Ausbildung, Berufstätigkeit, Pension – ist passé. Dies bedingt eine lebenslange Investition in die eigene Aus- und Weiterbildung und ein Engagement von Gesellschaft, Politik und allen voran der Unternehmen für lebenslanges Lernen. Wir Grünliberale fordern deshalb innovative Modelle zur Förderung der lebenslangen Aus- und Weiterbildung. Mit der Einführung einer «Säule 3w» kann die Weiterbildung analog zur Altersvorsorge in der Säule 3a unterstützt werden. Die Anerkennung und Anrechnung bestehender Kompetenzen beim Erwerb von neuen/zusätzlichen Zertifikaten muss gestärkt werden, bspw. mit einer «Teilzeit-Zweitlehre».

Sprachkenntnisse und interkulturelle Kompetenzen

Die internationale Vernetzung nimmt zu. Damit einher gehen höhere Anforderungen an die Sprachkenntnisse und die kulturellen Kompetenzen. Um diesem Bedürfnis gerecht zu werden, sollen spätestens ab der Sekundarschule das Erlernen einer zweiten Landessprache sowie Austauschsemester innerhalb aller Sprachregionen der Schweiz und für Berufsschulen und Gymnasien innerhalb von Europa gestärkt werden (z.B. durch Erasmus+, wo sich die Schweiz ab 2021 wieder voll assoziieren soll).

Die öffentliche Hand soll in Zusammenarbeit mit den Lehrbetrieben den Austausch von Lernenden innerhalb der Schweiz unterstützen und vereinfachen.

Den Forschungsstandort Schweiz stärken

Die Teilnahme am europäischen Forschungsrahmenprogramm «Horizon Europe» ist zentral und muss von der Politik mit einer hohen Priorität sichergestellt werden. Weitere bilaterale Forschungsabkommen mit Industriestaaten und Entwicklungsländern müssen abgeschlossen werden.

Wissenschaftsfreiheit verteidigen

Wir verteidigen die Freiheit von Forschung und Lehre. Wissenschaft lebt von einer offenen Debattenkultur. Das Ausgrenzen anderer Meinungen widerspricht der Freiheit von Forschung und Lehre. In einer offenen Gesellschaft müssen auch schwer erträgliche Meinungen geäußert werden können. Deshalb wollen wir wissenschaftseigene Mechanismen der ethischen Selbstkontrolle stärken. Die politische Einflussnahme der chinesischen Regierung auf die Arbeit der Hochschulen muss angegangen werden.



Innovation und Digitalisierung



5. Innovation und Digitalisierung

Die Schweiz war schon immer eines der innovativsten Länder der Welt. Fortschritt bietet viele Chancen, das Leben und den Alltag der Menschen besser und einfacher zu machen. Ebenso ist Innovation Voraussetzung für Wohlstand, Wachstum und Arbeitsplätze. Wir brauchen jetzt die richtigen Ideen, um im globalen Wettbewerb um Ideen und Talente unsere Spitzenposition zu halten.

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt und bietet Herausforderungen, aber vor allem auch Chancen. Gerade für ein ressourcenarmes Land wie die Schweiz ist es von zentraler Bedeutung, die Chancen, die sich durch die Digitalisierung ergeben, bestmöglich zu nutzen. Um Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern, muss die Schweizer Volkswirtschaft gut für die bestehenden und kommenden Herausforderungen positioniert sein. Die Corona-Krise hat exemplarisch gezeigt, wie wichtig die Verbreitung von digitalen Hilfsmitteln sowie eine gut funktionierende Infrastruktur sind. Wenn wir die nötigen Investitionen in die Digitalisierung koordiniert planen, sparen wir nicht nur viel Geld, wir erhöhen auch den Komfort für alle und schonen die Umwelt.

Digitalisierung darf kein Schlagwort bleiben, vielmehr muss die Politik die riesige Chance endlich beim Schopf packen und sie in allen Bereichen prioritär und koordiniert vorantreiben.

Wieso Innovation und Digitalisierung wichtig sind

Die Schweiz toppt seit über zehn Jahren die globalen Innovationsindizes⁶. Die Gründe dafür sind vielfältig. Aufgrund des relativen Mangels an natürlichen Ressourcen ist die Schweiz gezwungen, sich auf Forschung und Entwicklung zu konzentrieren. Patentanmeldungen sind ein typisches Beispiel. Mit 966 Patentanmeldungen pro Million Einwohner:innen im Jahr 2020 liegt die Schweiz deutlich über dem EU-Durchschnitt von 146 Anmeldungen pro Million Einwohner:innen und belegt weltweit den 3. Platz.

Die Schweiz belegt in Sachen digitaler Wettbewerbsfähigkeit weltweit den fünften Platz.⁷ Unser Land verfügt über eine gute digitale Infrastruktur und Regulierung, sowie eine positive Einstellung gegenüber der Digitalisierung. Schlechter stehen wir in Sachen Cybersicherheit, E-Partizipation und E-Government da. Auch bei der E-ID entwickelt sich die Schweiz langsamer als andere europäische Länder. Spannend ist auch die Verfügbarkeit von digitalen Kompetenzen unter Schweizer Fachkräften. Hier scheint sich die Verfügbarkeit zu verschlechtern. Die Schweiz soll die Bildung auf die in einer digitalen Welt benötigten Kompetenzen und Kenntnisse ausrichten.

Dafür setzen wir Grünliberale uns ein

Mittel für Innovation freisetzen

Wir Grünliberale unterstützen eine Stärkung von Innosuisse und engagieren uns für die Weiterentwicklung der Innovationsparks. Sie bilden eine ideale Schnittstelle zwischen Forschung, Start-Ups und etablierten Unternehmen. Wir begrüßen deshalb die Pläne zur Schaffung eines Innovationsfonds resp. eines Startup Fonds.

Neue Arbeitsmodelle und Plattformdienste müssen ermöglicht statt verhindert werden. Damit können wir die vielfältigen Potentiale der Menschen in unserem Land besser nutzen. Dabei ist zentral, dass auch bei Plattformdiensten Arbeitnehmende sozial abgesichert sind. Alle Akteure sind gefordert dafür flexible Lösungen zu schaffen.

⁶ https://www.wipo.int/edocs/pubdocs/en/wipo_pub_gii_2021.pdf

⁷ <https://www.imd.org/centers/world-competitiveness-center/rankings/world-digital-competitiveness/>

Innovationsprinzip in der Politik verankern

Wir wollen für politische Entscheidungen das Innovationsprinzip ergänzend zum Vorsorgeprinzip. Bei der Folgenabschätzung soll nicht nur auf mögliche Risiken einer Massnahme geschaut werden. Genauso intensiv muss ermittelt werden, welche Chancen bei Unterlassung verloren gehen. Damit sichern wir die Zukunft.

Digitale Kompetenzen für alle

Der Digitalisierung muss schon in der Schulbildung besser Rechnung getragen werden. Die öffentlichen Schulen müssen ihre digitalen Kompetenzen auf allen Stufen umgehend verbessern. Dies bezieht sich gleichermaßen auf die Lehrpersonen und die Schüler:innen und erfordert einen ausreichenden Ausrüstungsstandard der Schulen und Klassen. Wir Grünliberale fordern deshalb eine Investition in die «Digital Literacy» der gesamten Bevölkerung, damit niemand abgehängt wird. Sämtliche Gesellschaftsgruppen, auch ältere Generationen, müssen ihre Digitalkompetenzen verbessern können. Dies umfasst auch die Sensibilisierung für und den Umgang mit Cyberrisiken und die Teilnahme am digitalen Geschäftsverkehr.

Rascher Ausbau der digitalen Infrastruktur

Es braucht regulatorische Massnahmen, damit ein schnellerer Ausbau der digitalen Infrastruktur erfolgen kann. Diese Infrastruktur bildet die Basis für einen effizienten Ressourceneinsatz im Verkehr, bei der Energieversorgung, im Gesundheitswesen und in der Landwirtschaft. Dabei soll zwischen Infrastruktur (staatlich) und Betrieb (privat) unterschieden werden. Vor allem in ländlichen Regionen hat die Schweiz grossen Nachholbedarf.

Zur Schaffung einer zeitgemässen digitalen Infrastruktur braucht es eine Offensive beim Ausbau des Glasfaser- und 5G-Netzes. Die regulatorischen Voraussetzungen für einen raschen Ausbau sind unverzüglich zu schaffen. Parallel dazu sind Subventionen in alte Technologien abzuschaffen und wo weiterhin nötig auf neue Technologien anzupassen.

Schweizweite IT- und Datenstrategie

Die transparente Nutzung von Daten und ihr Nutzungszweck müssen zum Wohl der Gesellschaft in einer schweizweiten IT- und Datenstrategie festgehalten werden. Es braucht gemeinsame Datenstandards und Interoperabilität innerhalb der Bundesverwaltung sowie zwischen Bund und Kantonen. Kantone, Gemeinden oder einzelne Ämter sollen einfacher auf IT-Lösungen anderer staatlicher Akteure zurückgreifen können. Dies erhöht die Effizienz und spart Kosten. Der Weg dahin führt über Anreize und Transparenz, nicht über vorgeschriebene Zentralisierung. Im Bereich E-Government muss die Umsetzung des barrierefreien und digitalen Zugangs auf alle Amtsgeschäfte unter Wahrung der Sicherheit mit hoher Priorität angegangen werden.

Nachhaltiger und effizienter dank Digitalisierung

Dank der Digitalisierung werden Prozesse radikal vereinfacht und die Präzision nimmt in vielen Bereich zu. Die Digitalisierung führt somit zu grossen Effizienzgewinnen. Im Gesundheitsbereich zum Beispiel werden dank der Digitalisierung neue Methoden in der Diagnostik und neue Therapien entwickelt. Wir Grünliberale engagieren uns auch für die lückenlose Nutzung des nationalen elektronischen Patientendossiers sowie einer nationalen Gesundheits-IT-Infrastruktur unter Wahrung des Datenschutzes. In der Landwirtschaft kommen dank digital farming weniger Pestizide zum Einsatz. Die Digitalisierung ist auch ein wichtiger Schlüssel zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Welt.

Die Schweiz als globalen Player in der Digitalisierung positionieren

Die Digitalisierung ist inhärent grenzüberschreitend und digitale Geschäftsmodelle sind dazu geschaffen, international zu skalieren. Deshalb muss die Schweiz auch hier vernetzt denken und sich für globale Standards einsetzen.

Die Schweiz bringt hervorragende Standortvorteile mit für die Schaffung von Standards und Normen für die digitale Welt: Insbesondere unser Verständnis von Datenschutz und Privatsphäre, sowie die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen, aber auch das Internationale Genf. Deshalb lohnen sich gezielte Investitionen in die Positionierung der Schweiz.





Gesunde Finanzen und intelligente Steuern



6. Gesunde Finanzen und intelligente Steuern

Die Grünliberalen verfolgen eine nachhaltige, wachstumsorientierte Finanzpolitik. Bei den Ausgaben sind klare Prioritäten zu setzen. Wir wollen unseren Nachkommen keine Schuldenberge hinterlassen. Wir befürworten eine wirksame Schuldenbremse, sehen jedoch gewisse Anpassungen, insbesondere zur Finanzierung von langfristigen und nachhaltigen Investitionen. Wir Grünliberale fordern nachhaltige Sozial- und Vorsorgewerke⁸. Laufende Ausgaben sollen durch laufende Einnahmen finanziert werden. Für einzelne Neuinvestitionen soll jedoch eine Kreditfinanzierung zulässig sein. Die Staatsschulden sollen aber nicht stärker wachsen als das Bruttoinlandprodukt (BIP).

Wir unterstützen sowohl einen fairen Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen und Gemeinden als auch den Finanzausgleich. Der Steuerwettbewerb fördert einen effizienten Umgang mit den knappen Ressourcen des Staates und führt zu einem bedürfnisgerechten Angebot an staatlichen Leistungen. Gleichzeitig gewährleistet der Ressourcen- und Lastenausgleich die nötige Solidarität zwischen den Kantonen und Regionen. Das Steuersystem wollen wir deutlich vereinfachen und mittels einer ökologischen Ausrichtung mit unseren Nachhaltigkeitszielen vereinbaren.

Dafür setzen wir Grünliberale uns ein

Steuern verbessern, nicht erhöhen

Attraktive Steuersätze sind sowohl für natürliche Personen als auch für Unternehmen ein wichtiger Standortvorteil. Diesen Trumpf soll die Schweiz nicht aus der Hand geben. Die Schweiz soll aber auch im Rahmen der internationalen Standards gezielte Reformen beschliessen, welche sich volkswirtschaftlich auszahlen. Wichtig ist aber, dass diese nicht auf Partikularinteressen ausgerichtet sind oder gar zu Fehlanreizen führen.

Wir Grünliberale verlangen eine Stärkung des Prinzips «tax bads, not goods». So unterstützen wir die Abschaffung der Umsatzabgabe (Stempelsteuer) bei nachhaltigen Anlagen und zum Aufbau von Eigenkapital. Anlagen in nicht nachhaltigen Sektoren (z.B. fossile Energiewirtschaft) sind dafür stärker zu belasten.

Gezielte Steuerabzüge können grosse Wirkung entfalten, bspw. für ökologische Sanierungen von Gebäuden oder für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie können aber auch reine Mitnahmeeffekte für hohe Einkommen verursachen oder gar falsche Anreize schaffen, bspw. dann, wenn nicht nachhaltige Mobilität steuerlich begünstigt wird.

Private Verschuldung senken

Wir Grünliberale unterstützen das Ziel eines vollständigen Systemwechsels bei der Wohneigentumsbesteuerung. Schuldzinsen für Hypotheken und Unterhaltsausgaben sollen nicht mehr von den Steuern abgezogen werden können⁹. Einhergehend soll der Eigenmietwert abgeschafft werden.

Die heutige Regelung ist sowohl aus volkswirtschaftlicher Sicht wie auch aus Nachhaltigkeitsaspekten reformbedürftig. Die Privatverschuldung soll nicht mit steuerlichen Anreizen gefördert werden. Das dient der Stabilität des Finanzplatzes, denn die Hypothekarverschuldung in der Schweiz ist im internationalen Vergleich sehr hoch und hat in den letzten Jahren noch zugenommen. Diese Entwicklung ist nicht nachhaltig und birgt grosse Risiken im Immobilien- und Hypothekarmarkt.

⁸ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20093186>

⁹ Steuerliche Anreize für Gebäudesanierungen und Energiemassnahmen, basierend auf der Gesetzgebung im Energiebereich, würden nicht präjudiziert.

Klare Priorisierung der Ausgaben vornehmen

Zur Abfederung der Corona-Krise wurden historisch einmalig hohe Ausgaben bewilligt, welche zu einer höheren Staatsschuld führten. In den vergangenen Jahren wurden zudem verschiedene Vorlagen gutgeheissen, welche Mindereinnahmen oder Mehrausgaben erwarten lassen. Die Staatsschulden sollen mittel- bis langfristig nicht stärker wachsen als das Bruttoinlandprodukt (BIP), sodass die Schuldenquote (Bruttoschulden in Prozent des BIP) konstant bleibt. Denn nur dank solider Finanzen bleiben wir handlungsfähig und für zukünftige Krisen gewappnet. Jede Generation hat ihre Herausforderungen und muss über die finanzpolitischen Spielräume verfügen, um diesen gerecht werden zu können.

Gleichzeitig fordern wir Grünliberale eine solide und investitionsorientierte Haushaltspolitik. Denn die Schweiz braucht echte Wachstumsimpulse durch Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Digitalisierung, innovative Technologien, Bildung und Klimaschutz. Die Kreditfinanzierung von Neuinvestitionen, welche der Wirtschaft und Gesellschaft einen langfristigen Nutzen stiften, soll deshalb möglich sein.

Die Nummer 1 für ökologische Investitionen werden

Jedes Land muss einen Beitrag zur Eindämmung und Wiederherstellung der Folgen des Klimawandels und des Biodiversitätsverlusts leisten. Mit ihrem starken Finanzmarkt, den damit verbundenen Kompetenzen und dem kompetitiven Vorteil, kann die Schweiz national, aber insbesondere international enorme Wirkung erzielen.

Das private Kapital hat derzeit immer noch Mühe, in grossem Umfang und der gebotenen Geschwindigkeit den Weg zu den notwendigen Projekten zu finden. Dazu gehören insbesondere Grossinvestitionen im Bereich der erneuerbaren Energien, zum Schutz der Artenvielfalt oder Investitionen in Negativ-Emissionstechnologien.

Wir Grünliberale fordern deshalb die Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen und neuen Instrumenten zur Finanzierung von ökologischen Transformationsprojekten im In- und Ausland. Grundsätzlich sollen die Rahmenbedingungen im Markt so verbessert werden, damit klima- und biodiversitätswirksame Vorhaben im Markt gefördert werden. Der Staat soll nur subsidiär dann finanzielle Unterstützung im Sinne von Anschubfinanzierungen leisten, wenn dies durch den Markt nicht genügend umfangreich und schnell finanziert werden kann.

Zur subsidiären Finanzierung von Grossprojekten zugunsten des Klimaschutzes und dem Erhalt der Biodiversität sollte eine Green Investment Bank¹⁰ oder ein Swiss Sustainable Development Fund¹¹ geschaffen werden. Das Hauptziel der Bank oder des Fonds ist die Minimierung des Risikos, um die Attraktivität für private Investor:innen zu steigern. Gefördert werden sollen insbesondere neue Technologien und grosse Projekte mit hohem Investitionsrisiko, geringen Erfahrungswerten und langen Investitionszeiträumen.

Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank wahren

Die Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank (SNB) ist als Grundsatz auf Verfassungsebene verankert. Dennoch werden zunehmend viele Begehrlichkeiten laut, was mit den Reserven der SNB alles finanziert werden sollte: die Altersvorsorge, die Energiewende, grosse Infrastrukturprojekte, etc. Das sind unterstützenswerte Anliegen. Dennoch lehnen wir Grünliberale Eingriffe in die Unabhängigkeit der SNB klar ab.

Wir Grünliberale verteidigen die Unabhängigkeit der SNB, denn ihr Auftrag ist klar. Sie ist für die Geld- und Währungspolitik der Schweiz verantwortlich, insbesondere für die Preisstabilität. Sachfremde Eingriffe in die Unabhängigkeit der SNB könnten deshalb der Preisstabilität und so der gesamten Wirtschaftsleistung schaden. Eine Staatsfinanzierung über die Notenpresse lehnen wir deshalb ab. Gerade die aktuelle Lage zeigt die Weisheit dieser Unabhängigkeit der SNB, deren Handeln uns bisher durch einige Turbulenzen erfolgreich gebracht hat.

¹⁰ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20223470>

¹¹ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203798>